

Kommunisten zusammengearbeitet haben, zu stärken“.

Die Bildung des „Gemeinsamen Marktes“ ist also eine ernste Gefahr für die Arbeiterklasse Westeuropas. Politisch und wirtschaftlich!

### III.

Der „Gemeinsame Markt“ wird eine dem Sozialismus gegenüber offen feindliche Staatengruppierung sein, die kein anderes Ziel verfolgt, als die beteiligten Staaten gegen die anderen, besonders die sozialistischen Staaten Europas, abzugrenzen und den aggressiven Nordatlantikpakt von der ökonomischen Seite her zu stützen. Der „Gemeinsame Markt“ ist geradezu ein Mobilmachungsplan für die Industrie der sechs Teilnehmerstaaten im Dienste der NATO. Das Projekt ist also unlösbar mit dem aggressiven westeuropäischen Militärblock verbunden.

Die besondere Gefährlichkeit der Verträge zur Bildung eines „Gemeinsamen Marktes“ wird dadurch deutlich, daß sie mit dem Plan zur Errichtung einer sogenannten „Atomgemeinschaft“ (EURATOM) gekoppelt sind. Die Kopplung besteht darin, daß für beide ein „gemeinsames“ Parlament — die Konsultativversammlung — vorgesehen ist, dem beide formaldemokratisch unterstehen. Das Ziel dieser „Atomgemeinschaft“ besteht darin, die Voraussetzungen für die Ausrüstung der westeuropäischen Staaten mit Atom- und Wasserstoffbomben für einen Atomkrieg in Europa zu schaffen. Zu diesem Zweck soll im Rahmen von EURATOM eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomproduktion vorgenommen werden, vor allem bei der Beschaffung von Rohstoffen, der Forschung, der Information und der Gründung gemeinsamer Unternehmen. Die eifrigsten Verfechter des EURATOM sitzen in Westdeutschland. Sie wollen über EURATOM in den Besitz von Atomgeheimnissen und Atomrohstoffen ihrer westeuropäischen Partner (vor allem Frankreich und Belgien) kommen und mit Hilfe des EURATOM das für die Bundesrepublik bestehende formelle Verbot der Herstellung von Atomwaffen überwinden. Da im Rahmen von EURATOM die Atomforschung, das Atommaterial und die Atomwaffen unkontrol-

liert in den Händen der privaten Rüstungskonzerne, also auch der westdeutschen, liegen, wird diese Vereinigung ein gefährliches Instrument in den Händen des westeuropäischen Monopolkapitals.

Mit dem „Gemeinsamen Markt“ und dem EURATOM wollen die westeuropäischen Imperialisten und ihre amerikanischen Hintermänner die internationalen Spannungen verschärfen. Sie geben offen zu, daß sie beabsichtigen, mit Hilfe des „Gemeinsamen Marktes“ den kalten Krieg auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter auszudehnen, um den Aufbau in den sozialistischen Ländern Europas zu stören.

Vom Standpunkt den nationalen Interessen des deutschen Volkes aus sind die Pläne zur Errichtung eines ökonomischen Paktsystems in Westeuropa besonders zu verurteilen. Sowohl Genosse Ulbricht in seiner Antwort auf das Bonner Memorandum an die Sowjetregierung („ND“ vom 9. Juni 1957) als auch Genosse Grotewohl in seiner Regierungserklärung vom 4. April 1957 haben mit aller Deutlichkeit den für das deutsche Volk gefährlichen Charakter dieser neuen Projekte gebrandmarkt und vor ihrer Verwirklichung gewarnt. Beide wiesen mit allem Ernst darauf hin, daß durch den „Gemeinsamen Markt“ ein neues und großes Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage entstehen würde. Auch von seiten der Regierung der Sowjetunion und von Regierungen der europäischen volksdemokratischen Länder ist bereits wiederholt auf diese Gefahr eindeutig hingewiesen worden.

Bekanntlich wird der innerdeutsche Handel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik ohne Zollgrenzen abgewickelt. Die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten innerhalb des „Gemeinsamen Marktes“ läuft aber darauf hinaus, daß zwischen der DDR und Westdeutschland faktisch eine Zollgrenze entsteht, wobei es gleichgültig ist, in welchen einzelnen Formen das geschieht. Durch die Schaffung einer Zollgrenze in Deutschland wird dann neben der bereits bestehenden politischen Spaltung Deutsch-